

Digitale Organisation und Gewerkschaften: Zwischen der Krise der Repräsentation und der Notwendigkeit neuer Formen sozialer Organisation

Paolo Gerbaudo

1. Einleitung

Eines der Rätsel der gegenwärtigen Politik ist die Art und Weise, in der sich Organisationen an die zunehmende Macht der digitalen Medien anpassen müssen.¹ Wir leben in einer Zeit, die von einer weit verbreiteten *Repräsentationskrise* geprägt ist, in der es für traditionelle Organisationen schwierig ist, ihre Anhänger*innen auf sinnvolle und nachhaltige Weise einzubinden. Aufgrund der Möglichkeiten individualisierter und unmittelbarer Interaktionen scheinen die sozialen Medien eher für kurzlebige soziale und politische Initiativen sowie für populistische Bewegungen und Führungspersonlichkeiten geeignet zu sein, als für langlebige Organisationen. Dies zeigt sich nicht nur auf der politischen Rechten, dem Lager, das am häufigsten mit Populismus in Verbindung gebracht wird, sondern auch auf der Linken. Eines der Merkmale der gegenwärtigen Situation besteht darin, dass wir zwar Zeug*innen einer Wiederauferstehungswelle der Linken sind – wie zum Beispiel der Aufstieg von Persönlichkeiten wie Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez in

1 Übersetzung aus dem Englischen von Lilli Hantke (lillihant@gmail.com). Redaktionelle Bearbeitung durch Martin Oppelt.

den USA und von Parteien wie *Podemos* und *La France Insoumise* in Frankreich zeigt – dies jedoch zu einer Zeit geschieht, in der die sozialen Organisationen der Linken und insbesondere die Gewerkschaften extrem geschwächt sind. Während der politische Sozialismus im späten 19. und 20. Jahrhundert historisch an die Arbeiter*innenbewegung gebunden und für seine politische Durchschlagskraft auf deren Stärke angewiesen war, befinden wir uns heute in einer Zeit, in der sozialistische Ideen sehr verbreitet, die Gewerkschaften allerdings sehr schwach sind.

Im Westen haben die Gewerkschaften in den letzten 30 Jahren einen massiven Rückgang ihrer Mitgliederzahlen erlebt. In den USA beispielsweise ist der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder unter der arbeitenden Bevölkerung zwischen 1960 und 2010 von 30 % auf 12 % gesunken. Dies ging einher mit einem rückläufigen Zuspruch der Gewerkschaftsbewegung in der Bevölkerung. In den letzten Jahren gibt es zwar Anzeichen dafür, dass sich dieser Abwärtstrend bald umkehren könnte. Eine Gallup-Umfrage vom September 2020 ergab zum Beispiel, dass 65 % der US-Bürger*innen den Gewerkschaften zustimmen, was eine deutliche Veränderung gegenüber dem Tiefstand von 48 % im Jahr 2008 darstellt (Brenan 2020). Joe Bidens Versprechen, das Versammlungsrecht von Arbeiter*innen zu schützen, könnte also für die Gewerkschaften eine neue Chance bedeuten, den Weg des Niedergangs umzukehren. Vorläufig müssen wir uns jedoch damit abfinden, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen geschwächt sind. Selbst wenn die Gewerkschaften wieder wachsen sollten, würde es mehrere Jahre dauern, bis sie ähnliche Mitgliederzahlen wie in den 1960er und 1970er Jahren erreichten. Darüber hinaus bleibt eine Rückkehr zu solchen Zahlen angesichts der großen organisatorischen Herausforderungen im Kontext einer stark fragmentierten Erwerbsbevölkerung fraglich, in der Prozesse des *Outsourcing*, der *De-Lokalisierung* und der *Prekarisierung* im Großen und Ganzen zu einer Zersplitterung und damit zu einer Entmachtung der Erwerbsbevölkerung geführt haben. Zudem ist es den Gewerkschaften bisher nicht gelungen, wirksame Wege zu finden, um die digitale Kommunikation als neue Ressource für die Organisierung und Repräsentation der Beschäftigten zu nutzen. Während wir somit Zeug*innen des Aufstiegs digitaler *Parteien* geworden sind (Gerbaudo

2019), d.h. politischer Parteien, die sich die organisatorischen Möglichkeiten sozialer Medien und digitaler Plattformen zunutze machen, haben wir den Aufstieg digitaler *Gewerkschaften*, abgesehen von einigen vereinzelt Versuchen in dieser Richtung, noch nicht beobachten können.

Im Folgenden werde ich zeigen, dass die derzeitige Schwäche der Gewerkschaften nicht nur Ausdruck eines organisatorischen Versagens ist, sondern vor dem Hintergrund der starken sozialen, räumlichen und zeitlichen Zersplitterung der neoliberalen Gesellschaft verstanden werden muss. Während Gewerkschaften traditionell in Bereichen mit hoher Arbeiter*innendichte erfolgreich waren, wie z.B. in den Werkshallen großer Fabriken, ist das neoliberale Geschäftsmodell, das sich auf eine Zusammensetzung von kleinen und mittelgroßen Unternehmen und langen Lieferketten ausrichtet, für gewerkschaftliche Organisation eher unzugänglich. Tatsächlich ist es im Großen und Ganzen genau zu dem Zweck entwickelt worden, die Organisation der Beschäftigten zu erschweren und auf diese Weise die Gewinnmargen der Unternehmen vor den Versuchen der Arbeiter*innen zu schützen, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu fordern. In diesem Bestreben, die Arbeitskräfte zu zerstreuen und einen ubiquitären Arbeitsplatz zu schaffen, an dem sich die Beschäftigten gleichzeitig überall (wie in der marxistischen autonomen Vorstellung der *sozialen Fabrik*) und an keinem festen Ort oder besser an keinem Ort in nennenswerter Zahl aufhalten, ist die Digitalisierung ein Schlüsselfaktor. Zudem hat die Digitalisierung entscheidend zur Entwicklung neuer Formen der räumlichen Koordination beigetragen, die es den Unternehmensleitungen ermöglichen, komplexe und verzweigte Lieferketten aufrechtzuerhalten und damit eben die Versuche der Beschäftigten, sich zu organisieren, einzuschränken. Das Aufkommen des zeitgenössischen Populismus, sowohl bei der Linken als auch bei der Rechten, ist zu großem Teil Ausdruck dieser Einschränkung der traditionellen Formen der politischen Organisation von Arbeiter*innen. Wie ich jedoch zum Schluss des Artikels darlegen werde, kann die digitale Kommunikation für die Gewerkschaften auch einen Lichtblick darstellen, denn sie können aus der Nutzung digitaler Plattformen für organisatorische Zwecke, die

von den *Neuen Sozialen Bewegungen* vorangetrieben wird, etwas lernen. Digitale Plattformen können Organisationen einen gemeinsamen Bezugspunkt und einen virtuellen Standort bieten, der notwendig ist, um die zunehmenden Schwierigkeiten zu überwinden, die sich ergeben, wenn mit aller Kraft ein Gemeinschaftsgefühl und physische Nähe in räumlich und zeitlich immer weiter zerstreuten Arbeitsstätten hergestellt werden soll. Zu Beginn werde ich die soziale Fragmentierung der heutigen Arbeiter*innenklasse diskutieren und wie sich diese auf die Erfahrungswelt der Arbeiter*innen und ihre politischen Neigungen auswirkt, um abschließend einige der organisatorischen Folgen und Implikationen dieser Situation zu untersuchen.

2. Die fragmentierte Klassengesellschaft

Um die Herausforderungen zu verstehen, mit denen Gewerkschaften gegenwärtig konfrontiert sind, müssen wir den Zustand der Fragmentierung und Zerstreuung gegenwärtiger Gesellschaften als Ausgangspunkt nehmen. Die neoliberale Gesellschaft ist im virtuellen Raum durch die Netzwerkform des Internets und im physischen Raum durch Zersiedelung gekennzeichnet, also durch eine Geografie, in der die physischen und psychischen Angelpunkte ständig versetzt werden. Betrachtet man die Landschaft der gegenwärtigen Klassenstruktur, bekommt man den Eindruck, dass sie vollkommen fragmentiert ist. Sowohl die Arbeiter*innenklasse, als auch die Mittelschicht sind durch ein hohes Maß an Differenzierung und Atomisierung gekennzeichnet, Formen der Klassenrepräsentation sind äußerst schwach und die *Intelligenzija* ist von der breiten Masse abgekoppelt. Dieser Zustand der Atomisierung ist ein wesentlicher Grund für die Resonanz, die populistische Stimmen gegenwärtig erfahren. Diese Bewegungen spiegeln den Versuch einer sozialen und politischen Neuzusammensetzung einer Wähler*innenschaft wider, die stark zersplittert ist und der es an einem erkennbaren inneren Zusammenhalt fehlt. Dass die traditionellen Formen der sozialen Repräsentation nicht mehr in der Lage sind, die Gesellschaft zu organisieren, ist auf eine soziale Integrationskrise

zurückzuführen, die an die Diskussion einer *ersten* und *zweiten Gesellschaft* des italienischen Soziologen Asor Rosa erinnert. Rosa verwendete diese Begriffe, um zu verdeutlichen, wie die traditionellen Organisationsstrukturen der Arbeiter*innenbewegung, also die Gewerkschaften und die Kommunistische Partei Italiens, in den 1970er Jahren daran scheiterten, die rebellische Jugend zu integrieren, die eben eine *zweite Gesellschaft* bildete und sich weitgehend gegen jede Form der Eingliederung wehrte (Rosa 2002). Eben dieses Element trägt dazu bei, dass die heutige Politik eher einer Massen-, als einer Klassenpolitik ähnelt, denn die heutige Klassenpolitik ist in dem Sinne desorganisiert oder zersetzt, als dass es ihr an wirksamen Instrumenten der sozialen Integration und Repräsentation mangelt und zwar auf eine Art und Weise, die der Erörterung der Klassenstruktur in Hannah Arendts Ausführungen in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* ähnelt (Arendt 2019: 657ff.).

Die Gründe für diese Auflösung der Klassenstruktur sind leicht zu verstehen. Die neoliberale Ära zeichnet sich durch eine radikale Umgestaltung des Klassenszenarios aus. Dieser Wandel hat sich auf mehreren Ebenen vollzogen. Am deutlichsten ist vielleicht, dass der Neoliberalismus zum Verlust zahlreicher Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe geführt hat, die aus den kapitalistischen Kernländern Europas und der USA verlagert wurden. Außerdem kam es zur parallelen Entstehung von Dienstleistungsjobs sowohl innerhalb der sozialen und professionellen Mittelschicht als auch in einem wachsenden *Dienstleistungsproletariat*, das aufgrund seiner extrem prekären Arbeitsbedingungen manchmal auch als *Dienstleistungsprekariat* bezeichnet wird. Darüber hinaus zeichnet sich der Neoliberalismus durch eine starke Offensive gegen die Organisation der Arbeiter*innenklasse aus und zwar durch Reformen des Arbeitsrechts und makroökonomische Maßnahmen, die darauf abzielen, die Entschlossenheit der Arbeiter*innen zu unterlaufen. So haben einige rechte Politiker*innen in bestimmten Fällen sogar Rezessionen, die durch eine restriktive Geld- und Steuerpolitik ausgelöst wurden, als notwendigen Preis für die Beschneidung der Macht der Beschäftigten akzeptiert. Ferner haben sie sehr strenge gewerkschaftsfeindliche Gesetze verabschiedet, die die Streikfähigkeit der Arbeiter*innen erschwert haben.

Doch diese Desorganisation der Arbeiterklasse wirkte sich auch räumlich aus. Der von Luc Boltanski und Ève Chiapello beschriebene *neue Geist des Kapitalismus* konzentrierte sich auf *Outsourcing*, die Gründung von Tochtergesellschaften und Standortverlagerungen. Er bevorzugte *schlanke* Unternehmen, die als Netzwerke mit einer Vielzahl von verbündeten Unternehmen und Akteur*innen arbeiten, mit einem *schlanken* Kern umgeben von einem Konglomerat aus Zulieferbetrieben, Subunternehmen, Dienstleistern und Zeitarbeitskräften, die es ermöglichen, die Beschäftigtenzahl je nach Geschäftslage zu variieren (Boltanski/Chiapello 2013: 262). Viele Unternehmen wurden nach diesem Modell radikal umstrukturiert und gliederten ganze Abteilungen, Funktionsbereiche oder Prozesse, die zuvor intern abgewickelt worden sind, an Dritte aus, um größere »Flexibilität« zu erreichen und sich auf die profitabelsten Aktivitäten konzentrieren zu können. So kann beispielsweise ein Technologieunternehmen seinen Fertigungsprozess an andere Unternehmen auslagern, die wiederum die Bereitstellung von Grundstoffen an andere Unternehmen auslagern, was zu einer komplexen »Wertschöpfungskette« von Zulieferern und Unterlieferanten führt, die oft Hunderte von Unternehmen in mehreren Dutzend Ländern umfasst. Das berühmte *Apple iPhone* zum Beispiel wurde in Cupertino, Kalifornien, entwickelt und wird in der Nähe von Shenzhen in China mit Seltenen Erden aus der Inneren Mongolei und von Hand abgebautem Kobalt und Coltan aus dem kriegszerstörten Kongo zusammengebaut und dann in der ganzen Welt in eleganten Geschäften verkauft. Die Effizienzgewinne und die damit verbundenen Gewinnmargen, die durch das globale *Outsourcing* erzielt wurden, basieren im Großen und Ganzen auf der Entmachtung der organisierten Arbeitnehmer*innenschaft, die auf einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und die physische Konzentration der Arbeiter*innen an überfüllten Arbeitsplätzen angewiesen ist. Die neoliberale Umstrukturierung von Unternehmen hat zur Schließung zahlreicher großer Gewerkschaftsbollwerke (Kohlebergwerke, Eisen- und Stahlwerke, Werften, Automobilwerke usw.) geführt beziehungsweise zu einem massiven Arbeitsplatzabbau. Das Endergebnis dieser Maßnahmen war die Verteilung der Arbeiter*innen auf kleinere Unternehmen, die in der Regel weniger gewerkschaftlich

organisiert waren und auch sonst auf keine Erfahrungen mit widerständigen Praktiken zurückgreifen konnten.

Diese Schwächung wird noch verstärkt durch die Schwäche der Gewerkschaften als die einst wesentliche Institution der Klassenvertretung des Proletariats. Im Westen waren sie noch nie so schwach wie heute, was der starke Rückgang der Gewerkschaftsdichte in den letzten Jahren in vielen OECD-Ländern belegt. Mit Ausnahme der skandinavischen Länder, die (Schweden mit 71 % und Dänemark mit 80 %) immer noch einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad aufweisen, ist die Gewerkschaftsdichte in allen anderen Ländern gesunken, von Deutschland mit 20 % bis zu den USA mit mageren 10 %. Das ist deutlich weniger als noch vor 20 Jahren. Mit anderen Worten: Weniger als die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung ist Mitglied einer Gewerkschaft und kann daher nicht von Tarifverhandlungen und der integrativen Rolle der Gewerkschaften profitieren.

Die Gründe für diese Gewerkschaftskrise sind auf die gleichen Tendenzen zurückzuführen, die sich aus den neoliberalen Managementstrategien ergeben und die explizit darauf abzielen, die Organisation der Beschäftigten zu verhindern. Gewerkschaften entstanden in einem Umfeld konzentrierter Produktion, in dem *gewerkschaftliche Dichte* nicht nur eine Metapher, sondern die Beschreibung einer sozialräumlichen Realität war, nämlich der physischen Konzentration von Arbeiter*innen auf engem Raum. Wie Karl Marx in seinem berühmten Werk *Das Kapital* (Marx 1962) feststellte, bot der Industriebetrieb mit seiner Notwendigkeit, große Massen von Arbeiter*innen an einem Ort zu konzentrieren, der Arbeiter*innenklasse die Möglichkeit, sich zu organisieren. Eine solche räumliche Dichte ist jedoch in der heutigen postindustriellen Wirtschaft aufgrund von Externalisierungsprozessen nicht mehr häufig anzutreffen. Diese Situation wird durch die Vervielfältigung von Industrien, Märkten, Nischenmärkten und Produktionslinien in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Vielzahl von Arbeitsvertragstypen und Beschäftigungsverhältnissen und die Prekarisierung von Arbeitsverträgen noch verschärft. Diese extreme Differenzierung der Kategorien, der Arbeitsbedingungen und der Qualifikationen und Erfahrungen hat sich als großes Hindernis für die

Organisierung der Beschäftigten erwiesen. Die einzigen erfolgreichen Auseinandersetzungen waren diejenigen, die sich gegen eine*n bestimmte*n Arbeitgeber*in in stark konzentrierten Branchen richteten, wie gegen *Amazon* und andere Logistikunternehmen, gegen *Deliveroo* oder gegen Fast-Food-Ketten, wie etwa im Rahmen der US-Kampagne *Fight for 15*. Ansonsten kämpfen die Gewerkschaften jedoch immer noch darum, eine Organisationsform zu finden, die den Herausforderungen der aktuellen Situation gewachsen ist und den Arbeiter*innen Möglichkeiten zur organisatorischen Integration und Beteiligung bietet.

Zum Teil ist dies auch Ausweis der defensiven Haltung der Gewerkschaften gegenüber der neoliberalen Offensive. Viele westliche Gewerkschaften haben sich damit abgefunden, die verbleibenden Kernbereiche zu verteidigen, in denen eine gewerkschaftliche Organisationsdichte noch erreicht werden kann, während sie diejenigen Teile der Arbeitnehmer*innenschaft, deren Organisierung zu kostspielig erscheint, im Grunde ihrem eigenen Schicksal überlassen. In Italien etwa wurden Gesetze, die zu immer mehr Gelegenheitsarbeit und zur Privatisierung großer staatlicher Unternehmen führten, von der Ulivo-Regierung unter Romano Prodi umgesetzt. Im Vereinigten Königreich versuchte die Labour-Regierung unter Tony Blair, alle öffentlichen Dienste auf ein Managementmodell umzustellen, führte Studiengebühren ein und unterstützte eifrig *Private Finance Initiatives*, die das britische Finanzministerium bei privaten Investor*innen für den Bau von Schulen, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Diensten hoch verschuldeten. In Deutschland führte die SPD unter Gerhard Schröder und nicht etwa die CDU Angela Merkels die Hartz-IV-Arbeitsreformen ein, die den Bezug von Arbeitslosengeld erschwerten, und in Griechenland war es die PASOK unter Giorgos Papandreou, die nach der Krise von 2010 das erste wirtschaftliche Anpassungsprogramm für Griechenland, auch bekannt als *Memorandum*, unterzeichnete und dann 30 Milliarden Euro an Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen durchsetzte. Entsprechend sehen viele Bürger*innen die Sozialdemokratie als Komplizin der neoliberalen Politik an.

Es sollte daher nicht überraschen, dass die meisten Bürger*innen trotz des vom Neoliberalismus verursachten Leids nicht glauben, dass

die aus der Geschichte der Sozialdemokratie stammenden Kräfte eine Lösung für sie bereithalten. Der gegenwärtige Populismus sollte also nicht nur als Folge des Versagens des Neoliberalismus, sondern auch der Sozialdemokratie, die eigentlich die erklärte Feindin des Neoliberalismus sein sollte, und der sie vertretenden Kräfte verstanden werden, als eine Reaktion auf die Art und Weise, in der sie zum Verlust von Schutz und Kontrolle in unserer Gesellschaft beigetragen haben. Hierbei handelt es sich um ein Phänomen, das im Gegensatz zum frühen Populismus in den lateinamerikanischen Ländern während des 20. Jahrhunderts nicht als Folge der kapitalistischen Unterentwicklung und des daraus resultierenden niedrigen Organisationsgrads der Strukturen der Klassenrepräsentation auftritt, sondern im Gegenteil in einer Zeit kapitalistischer Überentwicklung und wirtschaftlicher Stagnation, zu der sich die Klassen *an sich* vervielfachen, während sich die Klasse *für sich*, also das Klassenbewusstsein, auf einem historischen Tiefstand befindet. Zudem entsteht der gegenwärtige Populismus zu einer Zeit, in der sowohl die Arbeiterklasse als auch die Mittelschicht in verschiedene Fraktionen mit oft divergierenden Interessen aufgespalten sind.

3. Konservative blue collars, progressive pink collars?

Die Schwäche des Proletariats und seiner traditionellen institutionellen und sozialen Repräsentant*innen bedeutet, dass es nur noch bedingt vom Gedanken der gesellschaftlichen Solidarität durchdrungen ist, der den historischen Erfolg der Arbeiter*innenbewegung ausmachte. Die Zersplitterung über mehrere Wirtschaftszweige und Unternehmen hinweg hat eine Politik des Neids begünstigt, bei der den Forderungen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter*innen von anderen Arbeiter*innen oft keine Sympathie entgegengebracht wird. Vielmehr werden deren Forderungen nach besserer Entlohnung als unberechtigter Eingriff in die Lebensgrundlage anderer angesehen und die Verhandlungen damit als Nullsummenspiele verstanden. Wir erleben dies sehr häufig, wenn eine bestimmte Beschäftigtengruppe (Krankenpfleger*innen, Beschäftigte im Verkehrssektor, Lehrer*innen

usw.) streikt und die erste Reaktion großer Teile der Bevölkerung darin besteht, dies als ungerechtfertigt zu empfinden. Das entspricht dem, was Nick Srnicek und Alex Williams als *negative Solidarität* bezeichnen, d.h. einer Solidarität, die sich nicht *für*, sondern *gegen* die Forderung bestimmter Gruppen nach sozioökonomischen Verbesserungen richtet (Williams 2020: 195–232).

Dieser Mangel an Klassenzugehörigkeit und Solidarität erklärt, warum die Arbeiter*innenbewegung, von einigen wenigen Fällen innovativer und erfolgreicher Formen der gewerkschaftlichen Organisation abgesehen, keine wirksame Antwort auf die wachsende soziale Ungleichheit zu geben scheint. Die Gehälter in den OECD-Ländern stagnieren seit vielen Jahren und in vielen Ländern haben die Löhne noch nicht wieder das Niveau von vor der Finanzkrise 2008 erreicht. Es geht jedoch um ein längerfristiges Phänomen der Lohnstagnation, das auf die weithin diskutierte Entkopplung von Arbeitsproduktivität und Löhnen zurückzuführen ist, die seit Mitte der 1990er Jahre vor allem als Folge der neoliberalen gewerkschaftsfeindlichen Politik eingetreten ist. Darüber hinaus erklärt diese organisatorische Schwäche maßgeblich den Zulauf, den die populistische Rechte bei Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaftsmitgliedern verzeichnen konnte.

Es werden im Zuge dessen oft Umfragedaten angeführt, um auf eine strukturelle Verschiebung der Wähler*innenschaft aus der Arbeiter*innenklasse hin zur nationalistischen Rechten hinzuweisen. In ihrem Buch über *Nationalpopulismus* führen Roger Eatwell und Matthew Goodwin (2018) an, dass 60 % der Werktätigen aus der Arbeiter*innenklasse und 70 % der Rentner*innen aus der Arbeiter*innenklasse für den Brexit gestimmt haben. In Italien stimmte 2018 ein Viertel der Industriearbeiter*innen für die *Lega Nord* (leicht über dem Durchschnitt), während 2019 eine Umfrage ergab, dass 19 % der CGIL-Mitglieder Matteo Salvinis Partei unterstützten (leicht unter dem Durchschnitt der damaligen Umfragewerte). Zu den Berufen, die am ehesten für die *Lega Nord* stimmten, gehörten Köch*innen, Landarbeiter*innen, Produktionsarbeiter*innen, Frachtabfertiger*innen sowie Haushaltshilfen und Reinigungskräfte (ESS 2018). Ein Indikator für Donald Trumps Fähigkeit, seinen Stimmenanteil in der Arbeiter*innenklasse zu erhöhen, war

die Tatsache, dass 43 % der Gewerkschaftshaushalte bei den Präsidentschaftswahlen 2016 für ihn stimmten, 3 % mehr als für Mitt Romney im Jahr 2012 (Bump 2016). In den USA gehörten zu den Berufskategorien, die die Kampagne *Make America Great Again (MAGA)* 2016 am stärksten unterstützten, typische handwerkliche Berufe der Arbeiter*innenklasse wie Schweißer*innen, Fräser*innen, Maschinenbediener*innen, LKW- und Traktorfahrer*innen, Köch*innen und Industriemechaniker*innen (Florida 2018). Auch in Frankreich basiert der Stimmenzuwachs des *Front National* von Marine Le Pen auf der zunehmenden Wähler*innenschaft aus den Reihen der Arbeiter*innenklasse. In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 2017 stimmten 39 % der Arbeiter*innen für sie. Diese Unterstützung stieg in der zweiten Runde noch weiter an, als 60 % der Wähler*innen dieser Berufsgruppe sie Emmanuel Macron vorzogen (Evans/Ivaldi 2017).

Diese Anzeichen dafür, dass die Arbeiter*innenklasse die politische Rechte unterstützt, sind alarmierend. Man muss sie jedoch differenziert betrachten. Zum einen handelt es sich dabei nicht um ein völlig neues Phänomen. Selbst in der goldenen Ära des fordistischen Industrialismus, als die Arbeiter*innenklasse noch in großer Mehrheit für die Linke stimmte, gab es immer auch einen Teil, der rechts wählte: die so genannten *working class Tories* im Vereinigten Königreich, die *Reagan Democrats* in den USA und die Industriearbeiter*innen, die in Italien in Regionen wie Venetien und der Lombardei für die Christdemokratie stimmten. Anstatt also die Gestalt eines rechtswählenden Proletariats neu zu erschaffen, wie es einige sensationslüsterne Berichterstattungen versuchen, hat die nationalistische Rechte einen bereits vorher existierenden Trend lediglich erweitert, wenn auch nicht unerheblich. Bei der Entstehung der so genannten *Neuen Rechten* in den 1960er und 1970er Jahren, die den ideologischen und politischen Vorläufer der heutigen *Populistischen Rechten* darstellt, ging es darum, an die Teile der Arbeiter*innenklasse zu appellieren, die mit der Linken unzufrieden geworden waren. Die *Neue Rechte* war die reaktionäre Antwort auf die *Neue Linke* und versuchte, das Misstrauen einiger Teile der Arbeiter*innenklasse gegenüber den Anliegen der *Sexuellen und Kulturellen Revolution* auszunutzen, für die sich die *Neuen Sozialen Bewegungen* einsetzten.

Das Paradebeispiel für die Umstellung der Rechten hin zu einer Wahlstrategie für die Arbeiter*innenklasse ist der *Front National* in Frankreich. In den 1980er und 1990er Jahren gab die von dem ehemaligen Fallschirmspringer Jean-Marie Le Pen gegründete Partei nach und nach einige ihrer eher elitären und parafaschistischen Positionen auf, um das zu übernehmen, was Thomas Piketty (2020) als *sozialen Nativismus* bezeichnet hat. Dieser prangert Armut, niedrige Löhne und Kürzungen im öffentlichen Dienst an und macht gleichzeitig Migrant*innen für diese Missstände verantwortlich, wie es zum Beispiel der berühmte Slogan *1 Million Arbeitslose, 1 Million Einwanderer zu viel* zeigt (Mayer/Perrineau 1996). Dieser Trend hat sich in den letzten Jahren inmitten der rasant fortschreitenden Globalisierung, von der die Arbeiter*innen stark betroffen sind, nur noch beschleunigt. Wie von Piketty (2020) beschrieben, sind die Arbeitnehmer*innen zunehmend misstrauisch geworden gegenüber einer linken Mitte, die sich an der Politik der globalen Wirtschaftsintegration beteiligt und den Beschäftigten in Bezug auf ihre wirtschaftliche Absicherung nicht viel zu bieten scheint. Darüber hinaus haben sie in der radikalen Linken keine alternative Trägerin für ihre Anliegen gefunden, die vor allem vor ihrer partiellen populistischen Wende in den 2010er Jahren als ausschließlich mit den Sorgen der städtischen Mittelschichten beschäftigt wahrgenommen wurde. Wenn die Arbeiter*innenklasse also mit der Linken unzufrieden ist, bedeutet das nicht, dass sie sich mit Begeisterung der Rechten zugewandt hat. Tatsächlich verfügen in einigen europäischen Ländern die sozialdemokratischen Parteien nach wie vor über deutliche, wenn auch oft schrumpfende Mehrheiten innerhalb der Arbeiter*innenschaft. Darüber hinaus ist der Rechtsruck innerhalb eines bestimmten Teils der Arbeiter*innenklasse jedoch besonders ausgeprägt. Die *blue collars*, Arbeiter*innen, die vor allem in kleinen und mittelgroßen Zentren angesiedelt sind, sind in den westlichen Ländern heutzutage lediglich ein Teil der Arbeiter*innenklasse. Zu dieser gehört aber auch eine wachsende Zahl von Dienstleistungsarbeiter*innen, die eher in und um große städtische Gebiete konzentriert sind. Während erstere in den letzten Jahren verstärkt die Rechte unterstützt haben, neigen letztere dazu, eher links zu wählen. Diese Kluft spiegelt die geografischen Unter-

schiede wider. Während, wie wir sehen werden, das *Industrieproletariat* heute weitgehend ländlich angesiedelt ist und die Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe in das periphere Hinterland verlagert wurden, findet sich das *Dienstleistungsprekariat* immer stärker in den großen und mittelgroßen Städten, wo der größte Teil des Konsums stattfindet und Dienstleistungsarbeiten sehr gefragt sind. Dennoch bleibt mit Spitzenwerten von über 50 % in einigen westlichen Ländern die Wahlenthaltung die bevorzugte Option der Arbeiter*innenklasse, wie schon Piketty gezeigt hat. Entsprechend sollte jede Diskussion über das Wahlverhalten der Arbeiter*innenklasse übertriebene Vereinfachungen vermeiden und gleichzeitig untersuchen, inwiefern es der Rechten gelungen ist, einige traditionelle Wählerschichten der Arbeiter*innenklasse für sich zu gewinnen.

Diese beschriebene Entwicklung ist der Ursprung eines neuen *Dienstleistungsprekariats*, das sich um die Konsumbedürfnisse der neuen Mittelstandsberufe kümmert, die im post-industriellen Zeitalter entstanden sind. Dieses Prekariat besteht aus Hausmeister*innen, die die Büros aufräumen, in denen Fachkräfte, Techniker*innen und Manager*innen arbeiten, aus Kellner*innen die ihnen Kaffee servieren, damit sie sich auf ihre intensiven kognitiven Tätigkeiten konzentrieren können, aus Verkäufer*innen, die sich um ihre oft extravaganten Konsumgewohnheiten kümmern, aus Regalauffüller*innen bei *Amazon*, die ihre Pakete bearbeiten, aus Callcenter-Mitarbeiter*innen, die sich um ihre Produktrücksendungen oder Reklamationen kümmern, und aus *Ridern*, die Mahlzeiten an die kreative Klasse ausliefern, die zu beschäftigt mit ihrem Beruf ist, um noch Zeit zum Kochen oder Abwaschen zu haben. Zu dieser Schicht gehören auch die vielen Pflegekräfte, wie Krankenpfleger*innen und Reinigungskräfte, die während der Pandemie berühmt geworden sind und die trotz ihrer unverzichtbaren Arbeit mit einem sehr niedrigen Lohn auskommen müssen. Dieses *Dienstleistungsprekariat* ist die Klasse, die in Ken Loachs Film *Sorry We Missed You* portraitiert wird. Die beiden Hauptfiguren sind Ricky, der im Zustelldienst tätig ist, und seine Frau Abbie, die als Altenpflegerin arbeitet. Der Film zeigt, wie eine Kombination aus Arbeitsstress und familiärem Chaos beide Figuren in den Nervenzusammenbruch treibt.

Dieses *Dienstleistungsprekariat* unterscheidet sich auch in Bezug auf Geschlecht und Herkunft von dem des *Industrieproletariats*. Während die Arbeiter*innenklasse des verarbeitenden Gewerbes in der Regel männlich, weiß und älter ist, ist das Dienstleistungsprekariat oft jünger, multikultureller und weist einen hohen Frauenanteil auf. Viele Berufe des *Dienstleistungsprekariats*, wie z.B. die Krankenpflege und andere Pflegeberufe, werden daher *pink collar* genannt, weil sie traditionell von Frauen zu Hause als unbezahlte Arbeit verrichtet wurden, die nach und nach in den kapitalistischen Markt integriert wurde, wie z.B. Kochen, Waschen und die Pflege von Kranken und Alten. Darüber hinaus handelt es sich bei den Beschäftigten im Dienstleistungssektor, insbesondere in den Großstädten, in der Regel um eine stark multikulturelle Gruppe mit einem hohen Anteil an Migrant*innen und ethnischen Minderheiten. Deshalb werden Menschen, die zu dieser Gruppe gehören, oft zur Kategorie der *Minderheitenstimmen* gezählt, als ob für ihre politischen Präferenzen nur die Hautfarbe und nicht die schwache wirtschaftliche Position ausschlaggebend wäre. Das bedeutet nicht, dass diese Gruppe »von Natur aus« tolerant oder liberal ist. Umfragen zufolge ist die Stimmung gegen Einwanderung bei Angehörigen dieser Klasse ähnlich wie bei anderen Fraktionen der Arbeiter*innenklasse. Die desolaten Arbeitsbedingungen, die für diese Klasse gelten, scheinen jedoch für die Wahlorientierung wichtiger zu sein als kulturelle Faktoren.

Die Not des *Dienstleistungsprekariats* erklärt zu einem guten Teil, warum diese Gruppe in den letzten Jahren in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit linker Aktivist*innen gerückt ist. Die bemerkenswertesten gewerkschaftlichen Organisierungskampagnen der letzten Jahre in Europa und den USA richteten sich genau auf diesen Teil der Arbeiter*innenklasse. Kampagnen wie *Justice for Cleaners* und *Fight for 15* in den USA zugunsten von Fast-Food-Beschäftigten gehören zu den wenigen bedeutenden gewerkschaftlichen Erfolgen der letzten Jahre. Einige der auffälligsten Mobilisierungen der letzten Jahre konzentrierten sich auf die Notlage der Beschäftigten in der *Gig Economy*, wie *Deliveroo*-Kurierfahrer*innen, *Uber*-Fahrer*innen und *Instacart*-Einkäufer*innen sowie *Amazon*-Lagerarbeiter*innen. Obwohl gewerkschaftlich weitestgehend unorganisiert, sah sich der E-Commerce-Riese gezwungen, den

Lohn auf 15 US-Dollar pro Stunde anzuheben, und zwar infolge einer zunehmend militanten Belegschaft und eines Arbeitskräftemangels im Zusammenhang mit einer erhöhten Nachfrage durch das Coronavirus und mit unhygienischen Arbeitsbedingungen in den von *Amazon* übernommenen *Fulfillment*- und *Whole Foods*-Supermärkten.

Einigen Umfragen zufolge ist der Teil des Prekariats, der noch wählt, eher geneigt, die Linke zu wählen, als dies beim klassischen *blue-collar*-Proletariat der Fall ist. Tatsächlich werden die Dienstleistungsarbeiter*innen von der Linken zunehmend als strategische Wähler*innen wahrgenommen, die dazu beitragen können, die Stimmenverluste bei den klassischen Arbeiter*innen auszugleichen. Während des US-Präsidentschaftswahlkampfes 2020 etwa sprach Bernie Sanders häufig die Notlage der Dienstleistungsarbeiter*innen an. Einer der wenigen Erfolge seiner zweiten Kandidatur bestand darin, dass er die Stimmen der in Casinos und Hotels Beschäftigten in Las Vegas für sich gewinnen konnte. Bei den Unterhauswahlen 2017 und 2019 in Großbritannien wählten Dienstleistungsangestellte sowohl in städtischen als auch in nicht-städtischen Gebieten mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit als traditionelle Arbeiter*innen die Labour-Partei. Ähnlich verhält es sich mit dem *Movimento 5 Stelle* in Italien, bei dem Kellner*innen, Verkäufer*innen und Frachtabfertiger*innen stark vertreten sind und das Maßnahmen zur Eindämmung der Prekarität im Dienstleistungssektor eingeführt hat. Es stimmt zwar, dass die Versuche, die Wahlbeteiligung dieser Gruppe zu erhöhen, bisher nur begrenzten Erfolg hatten, was den Grad der Entmachtung widerspiegelt, den insbesondere die jungen Dienstleistungsarbeiter*innen verspüren. Doch angesichts der sinkenden Wahlbeteiligung der Industriearbeiter*innen ist der Zuwachs an Unterstützung aus der Dienstleistungsklasse einer der wenigen Gründe zur Hoffnung. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Linke die Industriearbeiter*innen im Stich lassen sollte, weil sie diese als verloren betrachtet, sondern dass die Gründe, weswegen einige von ihnen für die Appelle der Rechten empfänglich waren, im Zusammenhang mit der Transformation des verarbeitenden Gewerbes und seiner Ländlichkeit gesehen werden sollten. Zudem könnten einige wirtschaftliche Veränderungen in der Ära der Postglobalisierung mit der zunehmen-

den Verlagerung von Teilen des verarbeitenden Gewerbes diese Trends umkehren und die Arbeiter*innenklasse des verarbeitenden Gewerbes wieder zu einer stärker progressiv eingestellten Wähler*innenschaft machen, während die Gewerkschaften so neue Druckmittel erhalten, um bessere Zugeständnisse vom Kapital zu fordern.

4. Organisation vor dem Hintergrund sozialer und räumlicher Fragmentierung

Der Populismus ist ein Versuch, den Mangel an sozialer Repräsentation auszugleichen. In Hinblick auf die Rückgewinnung der Wähler*innenschaft mit niedrigem Einkommen, insbesondere derjenigen, die in Randgebieten leben, ist eine solche Strategie unerlässlich, um eine Selbstabschottung der progressiven Wähler*innenschaft der städtischen Mittelklasse zu vermeiden, die traditionell den Kern der *Neuen Linken* darstellt. In diesem Szenario der Klassenzersplitterung verweist der Populismus auch auf eine Mobilisierungslogik, die ihrem Wesen nach dazu neigt, nicht an bestimmte soziale Gruppen zu appellieren, sondern eher an Einzelpersonen, die Teil dieser Gruppen sind, wie von Peter Mair (2002) dargelegt. Im gegenwärtigen Kontext niedriger sozialer Organisation ist diese Art der direkten Ansprache in gewisser Weise eine Frage der politischen Notwendigkeit. Die Verdoppelung der politischen Repräsentation und ihre Ausrichtung auf charismatische und populistische Ziele ist im Grunde ein Mittel, um den niedrigen gesellschaftlichen Organisationsgrad auszugleichen. Der Populismus ist ein Phänomen, das sich genau in einem solchen Moment organischer gesellschaftlicher Krisen entwickelt, in dem die Gesellschaft sich infolge des Zusammenbruchs traditioneller Formen sozialer Repräsentation in einem gelatinösen Zustand befindet. Ein Phänomen, das das relative Versagen der sozialen Repräsentation mit einem Zusatz an politischer Repräsentation kompensieren möchte. Zu einem großen Teil geschieht dies durch die Identifikation mit einem charismatischen *Hyperleader*, der als Referenzpunkt fungiert, um die Aufmerksamkeit und die Energie einer Masse von verstreuten Anhänger*innen zu bündeln.

Die Erfahrungen mit den Zuständen nach der *Großen Rezession* in vielen westlichen Ländern erinnern an den lateinamerikanischen Populismus, der gerade bei einer wenig gewerkschaftlich organisierten Bevölkerung in städtischen Gebieten und insbesondere bei neu angekommenen Migrant*innen in den städtischen Zentren auf fruchtbaren Boden fiel, die sich oft mehr um Dienstleistungen und den Zustand ihrer Stadtviertel sorgten als um das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen, für die sich die Gewerkschaften einsetzten (Casullo 2019). Vielmehr wirken diese Spaltungen durch eine Landschaft der Fragmentierung, die einen Reorganisationsprozess erfordert und hier von den Arbeiter*innenbewegungen ausgeht, die seit jeher ein wichtiger organisatorischer Pfeiler für progressive Bewegungen waren. Die populistische Mobilisierung der Linken erfolgte bisher durch eine charismatische Mobilisierung, die sich auf einige *Hyperleader* konzentrierte, das heißt auf Persönlichkeiten, die die Unterstützung einer verstreuten Basis von Bürger*innen und Wähler*innen auf sich gezogen haben. Als *Hyperleader* können in diesem Zusammenhang Persönlichkeiten wie Bernie Sanders und Jeremy Corbyn genannt werden, aber auch junge aufstrebende Politikerinnen wie Alexandria Ocasio-Cortez. Auch wenn einige von ihnen nicht dem klassischen Bild einer charismatischen Führungspersonlichkeit entsprechen, insbesondere Corbyn und zu einem gewissen Grad auch Sanders, so ist doch offensichtlich, dass die personalisierte Politik und das persönliche Vertrauen ihnen gegenüber aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung entscheidend für den relativen Erfolg ihrer Kampagnen waren. Der Führungstyp, der dem *Hyperleader* entspricht, ist eindeutig charismatisch. Im Sinne Max Webers entspricht er eher dem Modell der charismatisch-plebiszitären Partei, in der die Führung eine starke und emotional geprägte Rolle als Leitfigur der Bewegung einnimmt, als dem der bürokratischen Partei. Charismatisch, weil alle Fragen der rechtlichen und rationalen Legitimität der Führung in der Regel zweitrangig sind im Vergleich zu emotionaler Anerkennung und Beifall durch die Basis. Wenn man sich einige Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit ansieht, wird das Misstrauen der Führungspersonlichkeiten gegenüber der Bürokratie deutlich. Sie versuchen, sich von der Parteibürokratie zu distanzieren, die, wie bereits beschrieben, in der Ideologie der *digitalen Parteien*

als Belastung empfunden wird. In der Tat sind *Hyperleader* oft gerade in Opposition zur Parteiführung aufgestiegen. Jeremy Corbyn zum Beispiel hat sich mit allen Mitteln gegen die Bürokratie der Labour-Partei gewehrt, die wiederum mit allen Mitteln versucht hat, ihn nicht an die Macht zu lassen. Oder schauen wir uns den Fall von Bernie Sanders an, der eine vergleichbare Konfrontation mit dem *Democratic National Committee* hatte, ähnlich der, die Donald Trump mit der Republikanischen Partei hatte.

Antonio Gramsci hingegen sah in charismatischer Führung, wie sie Niccolò Machiavelli mit seinem *Condottiere* beschrieben habe, etwas, das nicht zur Komplexität der Industriegesellschaft passt. Deren Organisation erfordere notwendigerweise das Vorhandensein eines strukturierten Apparates, der in der Lage ist, große Mengen an Informationen zu verarbeiten, politisches Personal auszubilden und eine große Masse an Mitgliedern zu integrieren. Für Gramsci war daher die bürokratische Massenpartei der zeitgenössische Ersatz für den klassischen Demagogen. Interessanterweise ließ er dennoch Platz für eine Führungsfigur, wo nämlich in der modernen Welt nur solche historisch-politischen Handlungen auf mythische Weise durch ein konkretes Individuum verkörpert werden [können], die direkt und unverzüglich sind und das Gebot der Schnelligkeit in sich tragen (Gramsci 1971: 323).

Die Momente, in denen charismatische Führung notwendig wird, sind, wie Gramsci weiter ausführt, die der Neuorganisation der politischen Arena, etwa nach großen Krisen, die das eingespielte politische Kräftegleichgewicht gestört haben. Aber ist der Moment, in dem wir uns befinden, nicht gerade ein Moment der Krise und der Reorganisation, in dem persönliche Führung einen Platz und eine Funktion hat? In diesem Zusammenhang kann der Cäsarismus des *Hyperleaders* durchaus als notwendiges Übel erscheinen, um die Aufgabe der organisatorischen Neugründung zu verfolgen. Die Frage ist eher, ob diese organisatorische Neugründung tatsächlich umgesetzt wird, ob das Charisma letztlich in eine stabilere Organisationsstruktur übergeht, die nicht völlig von den Launen und der Zustimmung zu der Führungsperson abhängig ist. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Partei untergeht, sobald das

Charisma anfängt zu erlöschen und sich die Liebe der Basis zu ihrer Leitfigur in Misstrauen und Ressentiments verwandelt.

Letztendlich nimmt der *Hyperleader* die Position dessen ein, was man als disintermediierende Vermittlung bezeichnen könnte, die es der Partei ermöglicht, sich intermediärer Gruppen zu entledigen, die ihrer Meinung nach überflüssig und schädlich sind. In diesem Zusammenhang beziehen wir uns insbesondere auf jene mittleren Stände, die zum Beispiel von Montesquieu diskutiert und von Robert Michels kritisiert wurden, der in ihnen die Wurzeln der Oligarchie in politischen Parteien sah. Das Misstrauen den intermediären Kräften gegenüber äußert sich darin, dass der Führungsfigur ein noch nie dagewesenes Maß an Macht übertragen wird und man könnte sagen, dass die von Michels angeprangerte Parteioligarchie mit ihrem Byzantinismus, Karrierismus und ihrer Eigennützigkeit durch eine Parteidiktatur ersetzt wird, in der der Führung die Rolle der Alleinverwahrung des Vertrauens der Bevölkerung zukommt. Dies lässt sich noch besser verstehen, wenn man sich auf Slavoj Žižeks berühmte Idee des *verschwindenden Vermittlers* bezieht, nach der wir uns in einer gesellschaftlichen Vermittlungskrise befinden. Im Gegenteil ist der *Hyperleader* ein Vermittler, der nicht verschwinden will, sondern nach wie vor entschlossen ist, der ultimative Signifikant der politischen Partei und ihres kollektiven Willens zu sein. Jedoch zeigt die gegenwärtige Situation auch die Grenzen eines solchen organisatorischen Rahmens auf sowie den Bedarf, den *Bewegungskrieg* des *Hyperleaders* um die Strategie eines *Stellungskrieges* zu ergänzen, also um einen strukturierteren und lokaleren Organisationsprozess, der zur Herausbildung einer militanteren Wähler*innenbasis beitragen könnte.

Für Gewerkschaften ist dies besonders wichtig, da sie aufgrund ihres Wesens einen hohen Grad an lokaler Organisation am Arbeitsplatz benötigen und sich nur schwer um einen *Hyperleader* herum organisieren können. Wie können Gewerkschaften also den Herausforderungen begegnen, die sich aus der Repräsentationskrise ergeben, die sich wiederum vor allem in Form des Populismus manifestiert? Wie können sie die Arbeiter*innen wieder mit den Organisationen zusammenbringen, die sie vertreten? Auch wenn diese Fragen nur in der Praxis geklärt

werden können, ist offensichtlich, dass ein Bestandteil der Antwort in der Fähigkeit der Gewerkschaften besteht, die Formen der Repräsentation und Delegation neu zu erfinden und dabei von der lokalen Ebene auszugehen. Viele Gewerkschaftsorganisator*innen beklagen, dass die Versammlungen nur schwach besucht sind und die Beteiligung gering ist. Selten wird jedoch darüber nachgedacht, wie die Sitzungen selbst umgestaltet werden können, um den veränderten Alltagsmustern in einer immer hektischeren Gesellschaft gerecht zu werden, und wie die Tendenz zu einer *Aristokratie der Teilnahme*, in der die Gewohnheiten der jeweils Versammelten entscheiden, vermieden werden kann. Dazu gehört sicherlich auch die Nutzung verschiedener digitaler Plattformen, über die auch Menschen, die nur schwer an langen Sitzungen teilnehmen können, die Möglichkeit haben, in irgendeiner Form aus der Ferne dabei zu sein. Dies sollte nicht den Verzicht auf physische Versammlungen bedeuten, die sowohl aus praktischen Gründen als auch zur Schaffung eines Gemeinschaftsgefühls am Arbeitsplatz weiterhin von grundlegender Bedeutung sind. Vielmehr ist es notwendig, hybride Sitzungsformate zu entwickeln, sodass diejenigen, die familiäre oder andere Verpflichtungen haben, dennoch teilnehmen können. Während der Pandemie haben wir gesehen, dass die für solche Online-Konferenzen erforderliche Technologie bereits vorhanden ist. Die Herausforderung ist nun vielmehr sozialer und organisatorischer Natur: Wie können diese Möglichkeiten und die altherwürdigen Praktiken der persönlichen Zusammenkunft und Entscheidungsfindung genutzt werden, um eine neue Form der Entscheidungsfindung zu etablieren, die sowohl die Intensität und den Fokus realer Treffen haben kann, als auch dem hektischen Charakter des heutigen Lebens und der Schwierigkeit vieler Arbeiter*innen, an tatsächlichen Treffen teilzunehmen, gerecht wird.

Einige der im Verlauf dieses Beitrags erörterten Tendenzen und insbesondere die geschwächte Position der Gewerkschaften könnten sich in den kommenden Jahren unter dem Druck wirtschaftlicher und sozialer Erfordernisse umkehren. Neben der wiederkehrenden Unterstützung der US-Bürger*innen für die Gewerkschaften ist in der US-Politik auch die Tatsache von Bedeutung, dass eine Stärkung der

Gewerkschaften nun auch von der Demokratischen Partei, die lange Zeit an ihrer Schwächung beteiligt war, als positiv empfunden wird. US-Präsident Biden hat bei seinen Kundgebungen oft wiederholt, dass er ein »Gewerkschaftsmann« sei, und er hat versprochen, dass er, sobald er im Weißen Haus ist, Maßnahmen ergreifen wird, die es den Arbeiter*innen erleichtern, einer Gewerkschaft beizutreten. Diese Haltung in Verbindung mit seiner Entschlossenheit, die US-Produktion zu verteidigen und Unternehmen die Möglichkeit zu nehmen, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, könnte die Gewerkschaften und ihre vertragliche Position gegenüber den Unternehmen stärken. Wir sollten nicht auf die Möglichkeit einer Rückkehr zum keynesianischen Wohlfahrtsstaat und auf ein Bündnis zwischen Arbeiter*innen und Kapital hoffen, das den Gewerkschaften einen Königsweg bot, um ihre Mitgliederzahlen zu erhöhen und eine starke Kontrolle über die Wirtschaft auszuüben, wobei sie für ihre Mitglieder große Zugeständnisse erreichen konnten. Aufgrund der globalisierten Struktur der heutigen kapitalistischen Produktion haben die Unternehmen nicht mehr die gleichen Anreize, die Löhne der Beschäftigten zu erhöhen, wie zu Zeiten von Henry Ford. Es zeigt sich jedoch auch, dass der Tiefpunkt der Arbeitnehmer*innenorganisation, der nach der Finanzkrise 2008 erreicht wurde, schrittweise überwunden werden kann und dass der gesunde Menschenverstand von den starken gewerkschaftsfeindlichen und antikollektivistischen Positionen, die während des Höhepunkts der neoliberalen Ära vorherrschten, Abstand nimmt.

Dieser Organisationsprozess erfordert nicht nur die Rückbesinnung auf alte Organisationspraktiken, die Teil des historischen Erbes des Sozialismus und der Arbeiter*innenbewegungen sind, sondern auch die Entwicklung neuer Organisationspraktiken, die den Kommunikationsformen und sozialen Erfahrungen der digitalen Gesellschaft entsprechen. Das ist zugegebenermaßen eine große Herausforderung, gleichzeitig aber auch ein langfristiges Projekt, das die Aufmerksamkeit von Sozialist*innen und Sozialdemokratie über den kurzfristigen Horizont hinaus lenken kann, auf den sich ihre Bemühungen allzu lange beschränkt haben.

Literatur

- Arendt, Hannah. 2019. Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. München: Piper.
- Boeri, Tito/Mishra, Prachi/Papageorgiou, Chris/Spilimbergo, Antonio. 2018. Populism and civil society. *IMF Working Paper* 18/245, International Monetary Fund.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève. 2013. Der neue Geist des Kapitalismus. Aus dem Französischen von Michael Tillmann. Mit einem Vorwort von Franz Schultheis (= édition discours. Klassische und zeitgenössische Texte der französischsprachigen Humanwissenschaften. Herausgegeben von Franz Schultheis. Band 38). Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Brenan, Megan. 2020. At 65 %, approval of Labor Unions in U.S. remains high. <https://news.gallup.com/poll/318980/approval-labor-unions-remains-high.aspx>. Aufgerufen am 15. Oktober 2023.
- Bump, Philip. 2016. Donald Trump got Reagan-like support from union households. *The Washington Post*, 10. November 2016. <https://www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2016/11/10/donald-trump-got-reagan-like-support-from-union-households/>. Aufgerufen am 15. Oktober 2023.
- Casullo, María Esperanza. 2019. ¿Por qué funciona el populismo? El discurso que sabe construir explicaciones convincentes de un mundo en crisis. Siglo XXI Editores.
- Eatwell, Roger/Goodwin, Matthew. 2018. National Populism: The Revolt against Liberal Democracy. London: Penguin.
- ESS European Social Survey. 2018. ESS Round 9 – 2018. Timing of life, Justice and Fairness. Data file edition 2.0. Oslo: NSD – Norwegian Centre for Research Data Norway.
- Evans, Jocelyn/Ivaldi, Gilles. 2017. Présidentielle 2017 : Forces et Faiblesses du Front National. *Revue Politique et Parlementaire*. Elections 2017 : Implosion et Nouvelle Donne, 1083–1084 (April-September) : 85–112.
- Florida, Richard. 2018. Why Is Your State Red or Blue? Look to the Dominant Occupational Class. Bloomberg City Lab. <https://www.bl>

- oomberg.com/news/articles/2018-11-28/how-occupational-class-in-fluences-u-s-voting-patterns. Aufgerufen am 15. Oktober 2023.
- Gerbaudo, Paolo. 2017. *The Mask and the Flag: Populism, Citizenism, and Global Protest*. New York: Oxford University Press.
- Gramsci, Antonio. 1971. *The Modern Prince: Brief Notes on Machiavelli's Politics*. In: Hoare, Quentin/Nowell Smith, Geoffrey (Hg.). *Selections from the Prison Notebooks*. London: Lawrence and Wishart, 316–330.
- Laclau, Ernesto. 2005. *On Populist Reason*. London/New York: Verso.
- Mair, Peter. 2002. *Populist Democracy vs. Party Democracy*. In: Mény, Yves/Surel, Yves (Hg.). *Democracies and the Populist Challenge*. London: Palgrave Macmillan, 81–98.
- Marx, Karl. 1962. *Das Kapital*. Band I. *Kritik der politischen Ökonomie*. In: Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Werke*. Band 23. Berlin: Kar Dietz Verlag.
- Mayer, Nonna/Perrineau, Pascal. 1996. *Le Front national à découvert*. Paris: Presses de Sciences Po.
- Moffitt, Benjamin/Tormey, Simon. 2014. *Rethinking Populism: Politics, Mediatization and Political Style*. *Political Studies* 62(2): 381–397.
- Mouffe, Chantal. 2018. *For a Left Populism*. London/New York: Verso.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira. 2017. *Populism: A very short Introduction*. New York: Oxford University Press.
- Piketty, Thomas. 2020. *Capital and Ideology*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Rosa, Alberto Asor. 2002. *Le due società. Storia e problemi contemporanei* 30: 1000–1011.
- Stavrakakis, Yannis/Katsambekis, Giorgos/Kioupkiolis, Alexandros/Nikisianis, Nikos/Siomos, Thomas. 2018. *Populism, Anti-Populism and Crisis*. *Contemporary Political Theory* 17(1): 4–27.
- Williams, Alex. 2020. *Political Hegemony and Social Complexity. Mechanisms of Power after Gramsci*. London: Palgrave Macmillan.

